

## Editorial

Vor rund dreißig Jahren begingen die Khmer Rouges in Kambodscha einen der verheerendsten Völkermorde des 20. Jahrhunderts. Nachdem der von den USA gestützte General Lon Nol 1975 gestürzt wurde, meinten viele Kambodschaner, nun würden sich die Dinge für sie endlich zum Besseren wenden. Doch die bislang oppositionellen Khmer Rouges nutzte die Gunst der Stunde, um in den folgenden Jahren ihrerseits ein Terrorregime zu errichten, das zu einem kommunistischen Bauernstaat führen sollte. Alle, die diesem Ziel entgegenzustehen schienen, wurden verfolgt, eingekerkert, misshandelt, gefoltert: Studenten, Intellektuelle, Städter, aber auch Kinder, Alte und Kranke. Ein Viertel der Bevölkerung, mindestens zwei Millionen Menschen, wurden getötet, die meisten davon in Massengräbern verscharrt. Einige Kilometer von Pnomh Penh entfernt starben etwa 17.000 Menschen auf Feldern, die danach mit Tausenden von Totenschädeln und anderen menschlichen Überresten übersät waren und als „Killing Fields“ zum einprägsamen Symbol dieser Gräueltaten wurden. Massenhaftes Sterben, unvorstellbare Qualen und Leiden, an Leib und Seele zerstörte Menschen, verwüstete Landstriche und geschundene Natur: Ist all dies nur als Ergebnis des wahnhaften Wütens einer militanten Gruppe denkbar, die über Leichen ging, wenn es galt, ihre Utopie einer radikal-egalitären ländlichen Gesellschaft ins Werk zu setzen?

Der Kapitalismus stellt keine Gesellschaftsform dar, deren Realisierung einem Kata-

log von Maßnahmen gefolgt wäre, die zuvor modellhaft auf dem Reißbrett (oder in programmatischen Schriften) entworfen und dann mit einem Schlag den bisherigen Gesellschaften übergestülpt wurden. Vielmehr haben sich kapitalistische Verhältnisse über die letzten vierhundert Jahre in einzelnen Weltregionen in langwierigen und widersprüchlichen Prozessen ausgebreitet. Auch dabei wurden das Postulat der Freiheit der Märkte und die Lehre von den segensreichen Wirkungen der Gewinnmaximierung immer wieder mit Feuer und Schwert durchgesetzt – oder massenhaftes Sterben zumindest in Kauf genommen. Als es in Irland in den 1840er Jahren zu katastrophalen Missernten wegen der Braunfäule von Kartoffeln kam, verweigerte die englische Regierung staatliche Hilfen mit Verweis auf die marktliberalen Grundsätze, so dass 1,5 Millionen Iren verhungerten und viele andere zur Emigration gezwungen wurden. Auch bei Kolonialkriegen wurde häufig ähnlich brutal vorgegangen, so etwa bei jenem der USA gegen die Philippinen, dem um 1900 in drei Jahren 1/10 der dortigen Zivilbevölkerung zum Opfer fiel, zum großen Teil durch bewusst herbeigeführte Hungerkatastrophen in den nicht von den USA kontrollierten Zonen. Aus dieser Zeit stammt Mark Twains Vorschlag, die Sterne im Sternenbanner der USA durch Totenköpfe über gekreuzten Knochen zu ersetzen: *sculls & bones* statt *stars & stripes*. Ob im englischen Mutterland des Kapitalismus oder in verschiedenen überseeischen Gebieten:

Gewalt war fast immer der Geburtshelfer dieser gesellschaftlichen Transformation, so dass Marx schrieb, das Kapital sei „von Kopf bis Zeh, aus allen Poren blut- und schmutztriefend“ zur Welt gekommen (MEW 23: 788).

Der Kapitalismus ist in der Geschichte keineswegs das einzige System, das Leid und Verwüstung hervorgebracht hat, aber er ist die einzige Ordnung, in die derartige *systemisch* eingeschrieben ist und nicht bloß auf Wechselfällen des Naturgeschehens oder auf der Unfähigkeit, Willkür oder Gier skrupelloser Herrscher beruht. Dem Zweck der Profitmaximierung gelten Mensch und Natur lediglich als Mittel zur Verwertung und Akkumulation von Kapital. Dabei stellt der Kapitalismus kein handelndes Subjekt dar, vielmehr wird damit eine Gesellschaft charakterisiert, in der die kapitalistische Produktionsweise herrscht. Das Kapital tut nichts, es ist ein soziales Verhältnis, das Menschen eingehen, die meisten, weil sie keine andere Wahl haben. In diesem Verhältnis sind die Ursachenketten oft komplex und weit verzweigt, und die Folgen gehen weit über unmittelbare Katastrophen hinaus wie etwa bei den Explosionen von Chemiefabriken, unter anderem 1976 in der Nähe des italienischen Seveso oder 1984 im indischen Bhopal. Was als eine Mischung von „menschlichem Versagen“ und unglückseligen Umständen interpretiert wurde, verdankte sich dem Zwang, den Aktionären ausreichende Dividenden in Aussicht zu stellen und zu diesem Zweck Risiken klein zu reden und Sicherheitsvorkehrungen zu vernachlässigen. Die Geldgier einzelner kann hierbei verschärfend hinzukommen, stellt aber nicht die eigentliche Triebfeder des kapitalistischen Systems dar. Die Folgen dieser Industrieunglücke waren Tote, Verletzte und Langzeitschädigungen, deren Ausmaß nie ganz bekannt wurde.

Die Durchsetzung von Privateigentum, die Unterordnung des Gebrauchswerts unter den Tauschwert und das Ziel der schrankenlosen Mehrwertproduktion waren jedoch auch immer wieder von Bestrebun-

gen begleitet, deren zerstörerische Wirkungen auf Mensch und Natur abzumildern. Mal war es die Hartnäckigkeit angestammter Normen, Gebräuche und Institutionen, mal war es die soziale Organisation der ausgebeuteten Arbeitskräfte oder der enteigneten Bauern, die bis zum heutigen Tag zur Verlangsamung oder Zähmung der Prozesse beitrugen. Die Brutalität der Inwertsetzung von natürlichen und menschlichen Ressourcen wurde von vielen Zeitgenossen zwar als einzig möglicher Weg des zivilisatorischen Fortschritts vehement verteidigt, ließ aber in Kreisen der bürgerlich-liberalen Öffentlichkeit auch mehr und mehr die Vorstellung von all-gemeingültigen und unveräußerlichen Menschenrechten entstehen, die später in nationalen Verfassungen und internationalen Abmachungen verankert wurden – in der Fassung der UNO von 1948 sind dies insbesondere das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person, das Recht auf Bildung, auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit sowie der freien Meinungsäußerung, das Recht auf Freiheit von Angst, Not, Folter und Sklaverei sowie das Recht, vor Verfolgung in anderen Ländern Schutz zu suchen.

Diese Menschenrechte begründen unveräußerliche Ansprüche auf die Würde jedes Menschen und bilden bis heute zentrale Referenzpunkte der Kritik an kapitalistischen Verhältnissen. Der Kapitalismus hat sich in den letzten Jahrhunderten mit unterschiedlichsten politischen Formen als kompatibel erwiesen – von liberalen Demokratien bis zu totalitären Diktaturen –, so dass den Menschenrechten in bestimmten Perioden (zumindest teilweise) Geltung verschafft wurde, sie in anderen aber auch durchweg verneint und mit Füßen getreten wurden. Aber selbst demokratische Verhältnisse können damit einhergehen, dass den Bürgern im eigenen Land zwar bestimmte dieser Rechte eingeräumt werden, ihre Verletzung in den Ländern, mit denen Handel betrieben oder in denen investiert wird, jedoch achselzuckend hingenommen

wird. Weltweit betrachtet sind wachsender Reichtum und zunehmende Armut, die Verbesserung von Lebensqualität für die einen und deren Zerstörung für die anderen untrennbar miteinander verbunden – zwei Seiten einer nur auf der Vorderseite glänzenden Medaille. Eric Hobsbawm, ein notorisch kritischer Beobachter dieser Entwicklungen, resümiert: „Der Zuwachs in der menschlichen Produktion und der Verfügbarkeit von Reichtum ist enorm, und der größere Teil der Weltbevölkerung hat von ihm profitiert... Unser Jahrhundert hat mehr Menschen umgebracht als jedes andere, doch an seinem Ende gibt es mehr Menschen, die am Leben geblieben sind und die besser leben und größere Hoffnungen und mehr Chancen haben.“ (Eric Hobsbawm: *Das Gesicht des 21. Jahrhunderts*, München 2000: 110).

Diese Aufrechnung ist allerdings zu einfach. Mehr Menschen leben, viele leben besser und länger. Dies scheint direkt und indirekt die Modernisierungs-ideologie zu bestätigen, dass es letztlich eine stetige Höherentwicklung für alle gibt. Wenn das Elend, die Schikane, die Folter, der Mord noch nicht aus der Welt geschafft sind, dann ist doch zumindest das Ereignis des Versprechens, der Norm, es könne beseitigt werden, schon in die Welt getreten. Nur ein wenig Geduld noch, ein wenig Anstrengung, und es wird schon besser. So werden die krisenhaften Tendenzen, die Konflikte immer wieder schön geredet, zur Seite geschoben, ausgeblendet – so als würden sie nicht dazugehören, nicht gleichzeitig mit Verbesserungen auch wieder zu Verschlechterungen beitragen, und dies selbst in den „reichen“ Ländern: die verschärfte Auspressung der menschlichen Arbeitskraft, die einher geht mit einer wachsenden Zahl von Arbeitslosen, die Zunahme der Armut unter Kindern und Jugendlichen, die Zunahme des funktionalen Analphabetismus, die Bildung von Peripherien in den Zentren. Für diese Widersprüche und Ungleichzeitigkeiten gibt es im Bild

des Fortschritts, der vom Triumph der Heiligen Allianz von Markt und Demokratie angetrieben wird, keinen Platz. Der Kapitalismus fügt Leid zu und er tötet – er hat nicht nur eine Erfolgsbilanz der Wohlstandsmehrung vorzuzeigen. Aber von den Opfern will er wenig wissen, obwohl doch alles der besseren Selbsterhaltung dienen soll: „Im Fortschritt der Industriegesellschaft, die doch das von ihr selbst zeitigte Gesetz der Verelendung hinweggezaubert haben soll, wird nun der Begriff zuschanden, durch den das Ganze sich rechtfertigte: der Mensch als Person, als Träger der Vernunft. Die Dialektik der Aufklärung schlägt objektiv in den Wahnsinn um.“ (Max Horkheimer, Theodor W. Adorno, *Dialektik der Aufklärung*, Frankfurt/Main 1987: 235) Würde sich die bürgerliche Gesellschaft ernst nehmen, ihrer Menschenopfer, ihres Vernichtungszwangs gewahr werden, müsste sie des Prinzips der Selbsterhaltung der einzelnen wegen energisch bestrebt sein, sich selbst zu überwinden.

Eine andere Argumentationslinie stellt auf die notwendigen Opfer des Fortschritts ab. Es seien Einzelne, die gleichsam außerhalb der großen geschichtsphilosophischen Bahn stehen und deren Leid, deren Opfer nicht in die Waagschale fiele. Um an einer Stelle Arbeitsplätze zu schaffen, müssen anderswo welche gestrichen werden, damit der motorisierte Verkehr weiter läuft, werden Verkehrstote und Verletzte in Kauf genommen – die empirischen Opfer erscheinen als verschmerzbar. Die individuellen Tragödien, die daraus resultieren, werden nicht als gesellschaftlich produzierte wahrgenommen, sondern als „allgemeinmenschliche“ Fälle von Pech oder Schicksalsschlägen. Die Zahlen haben jedoch eine eigene Qualität, denn sie lassen erkennen, dass es sich eben nicht um Schicksal und individuelles Versagen handelt, sondern dass statistische Regelmäßigkeiten mit der Gewalt eines gesellschaftlichen und mithin veränderbaren Gesetzes auftreten. *Elmar*

*Altwater* setzt sich in seinem Artikel mit älteren und neueren Konzepten zur Dynamik kapitalistischer Entwicklung auseinander, deren Janusköpfigkeit bereits Marx und Engels im *Kommunistischen Manifest* anschaulich beschrieben haben. Im Anschluss daran wird die Frage gestellt, wie es heutzutage um die Gleichzeitigkeit von Zivilisierung und Zerstörung bestellt ist und ob nicht die Zerstörung mittlerweile die Oberhand gewonnen hat.

Kapitalismus bedeutet Produktion für Märkte, wobei Unternehmen Dinge produzieren und vertreiben können, die nützlich oder auch schädlich sind. Viele dieser Produkte haben in den letzten Jahrhunderten das Leben derer, die sie sich leisten konnten, angenehmer, bequemer oder sicherer gemacht: vom Wasser-Klosett zum Aspirin, von der Zeitung zum Grammophon, vom Fahrrad zur Solar-Anlage. Kapitalistische Vermarktung umfasste aber auch Hochrisiko-Technologien (wie Atomkraftwerke), gesundheitsschädliche Pharmazeutika (wie Contergan und Lipobay) oder Produkte, die Gesundheit und Umwelt belasten und Jahr für Jahr das Leben von Tausenden Menschen verkürzen, versehren oder auslöschen (wie ein Teil der industrialisierten Lebensmittelproduktion oder der motorisierte Straßenverkehr).

Inwieweit kapitalistische Produktion in ihren Wirkungen erfasst, kontrolliert und beeinflusst wurde und wird, hängt davon ab, ob es ein öffentliches Bewusstsein von Mängeln und Gefährdungen gibt und ob über staatliche Regulierungen versucht wird, bestimmte Qualitätsstandards durchzusetzen oder schädliche Produktionen ganz und gar zu untersagen. So haben Verbraucherschutzorganisationen und Initiativen zur Aufklärung über bestimmte Formen der Lebensmittelherstellung oder der Energieversorgung in den vergangenen Jahren in Deutschland und in anderen Ländern dazu beigetragen, dass alternative Energieformen oder Produkte aus ökologischer Landwirtschaft bekannt und verbreitet wurden. Staatliche Ein-

griffe können – sofern sie sich nicht auf die Ebene der wohlklingenden Absichtserklärungen beschränken – Produktionen in erwünschte Bahnen lenken oder zumindest ärgste Auswüchse begrenzen (wie etwa zum Verzicht auf Atomreaktoren führen). Kontrollen stehen jedoch in der Regel unter rhetorischem Dauerbeschuss der Lobbygruppe der Hersteller, die diese als bürokratische Gängelung brandmarken, und Verbote sind häufig lückenhaft und praktisch nicht durchzusetzen. In Bereichen, in denen viele Länder relativ strikte Regulierungen verfügt haben, beschert zudem deren Umgehung den daran Beteiligten besonders lukrative Geschäfte, so etwa im Drogen-, Menschen- und Waffenhandel. Waffenlobbyisten vertreten, Waffen an sich seien nicht schädlich, sondern allenfalls der Gebrauch, der von ihnen gemacht würde, so dass Restriktionen aller Art überflüssig seien. In welchem Verhältnis diese Behauptungen zu den realen Wirkungen von Kleinwaffen in der Hand von Zivilisten oder Militärs stehen, untersucht *Dorothea Schmidt*. Gerade für die Bereiche des Drogen-, Menschen- und Waffenhandels trifft auch heute noch jener Satz zu, den Marx im *Kapital* aus einer zeitgenössischen englischen Zeitschrift zitierte: „Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens.“ (MEW 23: 788).

Schädigungen und Leid entstehen aber auch bei der Produktion selbst. Die Wirkungen der Industrialisierung in England im Lauf des 19. Jahrhunderts hat ebenfalls niemand so anschaulich beschrieben wie Marx, wenn er im *Kapital* anhand der Berichte der Fabrikinspektoren schilderte, wie in Textilfabriken und Bergwerken, bei der Produktion von Zündhölzern oder von irdenen Gefäßen nicht

nur Männer, sondern ebenso Frauen und Kinder in die Tretmühlen kapitalistischer Produktion hineingezwungen wurden – zu überlangen Arbeitszeiten, mit kümmerlicher Entlohnung und unter Bedingungen, die ihre Gesundheit ruinierten und meist zu vorzeitigem Tod führten. Marx zeigte aber auch, dass eine staatliche Gesetzgebung, mit der die Arbeitszeit reguliert und die Frauen- und Kinderarbeit eingeschränkt wurde, nach langen Kämpfen durchgesetzt werden konnte und die Lage des ausgebeuteten Proletariats spürbar verbesserte und sich sogar für die Industrie selbst bezahlt machte: „Ihre wundervolle Entwicklung von 1853-1860, Hand in Hand mit der physischen und moralischen Wiedergeburt der Fabrikarbeiter, schlug das blödeste Auge. Die Fabrikanten selbst, denen die gesetzliche Schranke und Regel des Arbeitstages durch halbhundertjährigen Bürgerkrieg Schritt für Schritt abgetrotzt, wiesen prahlend auf den Kontrast mit den noch ‘freien’ Exploitationsgebieten hin.“ (MEW 23: 312f)

Die Einsicht der englischen Fabrikanten verbreitete sich nur zögerlich und musste dem Kapital in anderen Ländern erst durch eine erstarkende und zunehmend selbstbewusster auftretende Arbeiterbewegung nahegebracht werden. In Deutschland setzte diese vor und nach dem Ersten Weltkrieg Ansätze zu einer Arbeiterschutzesetzgebung, eine Begrenzung des Arbeitstages sowie die Anerkennung von Gewerkschaften und Tarifverträgen durch – Errungenschaften, die das nationalsozialistische Regime gleich in seinen Anfängen fast vollständig hinwegfegte und dadurch die Unternehmer wieder zu unumschränkten „Herren im eigenen Haus“ machte. Die im Zuge des Zweiten Weltkrieges eingeführte Zwangsarbeit traf Millionen von zivilen Arbeitskräften und von Kriegsgefangenen aus den von der Wehrmacht besetzten Ländern, die oft unter unmenschlichen Bedingungen und bei unzureichender Verpflegung für die deutsche Kriegswirtschaft arbeiten mussten und denen jegliche Rechte abgespro-

chen wurden. Viele büßten dabei ihr Leben ein, andere trugen dauerhafte gesundheitliche und seelische Schädigungen davon. Die meisten Firmen profitierten von diesen Verhältnissen und nur von einigen wenigen ist bekannt, dass sie das Los der bei ihnen tätigen Arbeiterinnen und Arbeiter erträglich zu machen suchten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die früheren Marksteine des Sozialstaats erneut befestigt und ausgebaut und trugen zum wirtschaftlichen Aufstieg der Bundesrepublik in den folgenden Jahrzehnten bei. Im Zuge zunehmender Arbeitslosigkeit und einer wachsenden internationalen Verflechtung der Wirtschaft konnten solche Instrumente seit den 1980er Jahren von interessierten Kreisen jedoch immer mehr als altbackene bürokratische Hemmnisse sowie als Hindernisse der freien Disposition des Kapitals denunziert werden. In Ländern, die von der Höhe ihres Sozialprodukts her nie gekannten Wohlstand erlangten, wurden die soziale Absicherung der Arbeitskräfte und Regelungen, die ihre schrankenlose Ausnutzung begrenzten, nunmehr als luxuriöse Zugeständnisse des Wohlfahrtsstaates interpretiert, die man sich nicht mehr „leisten“ könne. Die schädlichen Auswirkungen der darauffolgenden schrittweisen Deregulierung sind besonders drastisch bei bestimmten Berufsgruppen wie bei den Fernfahrern im Speditionsgewerbe oder bei den Arbeitern in der Baubranche, allgemein aber auch in einer Zunahme psychischer Krankheiten von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen deutlich zu sehen. Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit stellt dabei jedoch mehr als eine beunruhigende Zahl dar. Sie geht mit der Ausgrenzung von Teilen der Bevölkerung einher, für die es kaum noch Chancen der Integration in die Gesellschaft gibt, wie *Loic Wacquant* am Beispiel der Schwarzen in den USA aufzeigt. Deren Marginalisierung wird durch hochtönende Beschwörungen von individueller Selbstverantwortung begleitet, auf der politisch-praktischen Ebene aber

in erster Linie durch verschärfte Strafverfolgung bewältigt, die in den USA zu einer der höchsten Raten von Inhaftierten weltweit geführt hat. In den Ländern der EU lassen die Ausländerfeindlichkeit und die Kriminalisierung von Armut – vor allem von Migranten – die US-amerikanischen Verhältnisse als drohende Vorboten absehbar ähnlicher Entwicklungen auch hierzulande erscheinen.

Und was wurde aus der weitverbreiteten Kinderarbeit in den Industrieländern des 19. Jahrhunderts? Wenn sie in diesen durch Arbeitsschutz-Bestimmungen und den Schulzwang weitgehend verschwunden ist, so hat die Durchsetzung kapitalistischer Produktionsformen zu einer Renaissance der früheren europäischen Missstände in vielen ärmeren Ländern der Erde geführt. Nach einer neueren Schätzung der ILO arbeiten weltweit etwa 220 Millionen Kinder zwischen 5 und 15 Jahren – unter anderem in Betrieben der Textil- und Bekleidungsindustrie, in Bergwerken, auf Baustellen, im Straßenbau, in der Glasindustrie, in der Streichholzherstellung oder in der Landwirtschaft, aber auch als Prostituierte oder Kindersoldaten. Dass es sich ebenso wenig wie im 19. Jahrhundert um naturgesetzliche Gegebenheiten handelt, die angesichts der verbreiteten Armut in diesen Ländern schicksalhaft hingenommen werden müssen, zeigen die – wenn auch bisher lediglich punktuellen – Erfolge von Menschenrechtsinitiativen, die Projekte in Gang gesetzt haben, um Kindern den Zugang zu alternativen Formen des Überlebens und zu Bildung zu eröffnen. Auch hat der öffentliche Druck auf Weltmarktunternehmen zugenommen, bei ihren Lieferanten Sozialstandards einzufordern, zu denen auch gehört, die Erwerbsarbeit von Kindern einzudämmen.

Der Staat hat in der Vergangenheit wiederholt eingegriffen, um dem Kapital bei der Produktion schädlicher Produkte oder bei der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft Grenzen zu setzen, doch sollte er aus Sicht der herrschenden Klas-

se mindestens ebenso gut dazu dienen, um günstige Bedingungen zur Kapitalverwertung zu schaffen: die Zurückdrängung ausländischer Konkurrenz, die Erschließung von Märkten, den Zugang zu Rohstoffen oder zu einem Potential an billigen Arbeitskräften. Diese Erwartungen wurden durch Handels- und Kolonialpolitik sowie durch Regelungen der Wanderungsbewegungen von Arbeitskräften erfüllt – oder auch durch Kriege. Die in manchen Varianten eines leninistischen Marxismus verbreitete Vorstellung, mächtige Kapitalfraktionen könnten bei ihren jeweiligen Regierungen militärische Aktionen, von denen sie sich Vorteile versprechen, kurzerhand in Auftrag geben, greift sicherlich zu kurz. Dennoch stellten unmittelbare wirtschaftliche Interessen nicht nur bei Kolonialkriegen, sondern auch bei den beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts entscheidende Triebkräfte dar. Kriege zur Eroberung oder zum Erhalt von Kolonien wurden mit besonderer Brutalität geführt und bei diesen Gelegenheiten auch erstmals Konzentrationslager eingerichtet: in Kuba von Spanien, in Südafrika von Großbritannien und auf den Philippinen von den USA. Bei manchen dieser Eroberungen gingen die wirtschaftlichen Kalküle nicht auf, wie bei den Kolonien des Deutschen Kaiserreichs in Afrika, die ökonomisch bedeutungslos blieben. Dennoch wurden, um den Anspruch als Kolonialmacht aufrecht zu erhalten, blutige Feldzüge gegen die einheimische Bevölkerung geführt, so unter anderem gegen die Hereros in Deutsch-Südwestafrika, von denen Zehntausende in die Namib-Wüste getrieben wurden, um dort elend umzukommen.

Im Ersten Weltkrieg ging es ebenfalls nicht allein um Visionen von nationaler Größe und politischer Dominanz, sondern um handfeste wirtschaftliche Ziele, wie sie vom damaligen Reichskanzler Bethmann-Hollweg deutlich formuliert wurden: Frankreich sollte zu einem Gebiet für deutsche Exporte werden, Belgien zu einem Vasallenstaat, Luxemburg

zu einem Teil des Deutschen Reiches. Die Mehrzahl der europäischen Länder sollten einen mitteleuropäischen Wirtschaftsverband bilden, „unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung“ (Fritz Fischer, *Griff nach der Weltmacht*, Düsseldorf 1967: 93). Der Versuch, diese wirtschaftliche Vorherrschaft in die Tat umzusetzen, kostete alles in allem 9 Millionen Menschen das Leben. Der durch das Deutsche Reich angezettelte Zweite Weltkrieg hatte noch weitreichendere Ziele, nämlich den Plan einer politischen und wirtschaftlichen Weltherrschaft. Dazu gehörte die Eroberung der Sowjetunion, um sie zu einer Sklavenkolonie für deutsche Bedürfnisse zuzurichten. Das Land sollte Weizen und Erdöl, Steinkohle und Eisenerz liefern, der Bevölkerung jegliche Rechte genommen werden, um sie als Arbeitskräfte für die vorgesehene Kolonialwirtschaft einzusetzen. Der Feldzug gegen die Sowjetunion wurde mit besonderer Brutalität geführt und vernichtete das Leben von 25 Millionen Menschen, insgesamt starben im Zweiten Weltkrieg 50 Millionen Menschen. Rohstoffkriege zwischen und innerhalb von Ländern gab es jedoch auch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und – im Widerspruch zur gängigen Redeweise von der Ära der „Dienstleistungsgesellschaft“ jenseits von industrieller Produktion und Rohstoffressourcen – ist absehbar, dass sie ebenfalls das 21. Jahrhundert prägen werden (siehe dazu auch PROKLA 135 *Ressourcenkonflikte*, Juni 2004). So zeigt sich in Afrika die paradoxe Situation der extremen Armut gerade in den an Bodenschätzen reichsten Ländern des Kontinents wie in Nigeria oder im Kongo: Wenn Gold, Diamanten, Coltan oder Erdöl in großen Mengen vorhanden sind, kämpfen einheimische Gruppen mit Unterstützung ausländischer Konzerne und Regierungen um deren Kontrolle. Gewinner in diesen Auseinandersetzungen sind einheimische Eliten und multinationale Firmen, Verlierer stets

Bevölkerungen, die in kriegerischen Auseinandersetzungen zerrieben, terrorisiert, zur Flucht gezwungen oder getötet werden.

Der Krieg der USA und ihrer Alliierten gegen den Irak schließlich stand zwar unter der offiziellen Begründung, man müsse gegen irakische Massenvernichtungswaffen in der Hand von Saddam Hussein vorgehen, doch konnten diese niemals gefunden werden (was den kriegführenden Regierungen von Anbeginn an bekannt war). „The work in Iraq is difficult and it is dangerous“, erklärte Präsident Bush im Juni 2005 in Fort Bragg und verkündete zuversichtlich: „America will not leave before the job is done.“ ([www.whitehouse.gov/news/releases](http://www.whitehouse.gov/news/releases)). Zu diesem „job“ gehört, wie mittlerweile auch einer breiteren Öffentlichkeit nicht verborgen blieb, in erster Linie die Sicherung der Kontrolle über die irakischen Ölquellen. Aber, wie Naomi Klein in ihrem Artikel erläutert, gehen die Interessen der *reconstruction industry* in diesem und in anderen Fällen noch sehr viel weiter. Naturkatastrophen (die häufig auch gesellschaftlich bedingt oder mitbedingt sind) und Kriege bieten dem Kapital eine hochwillkommene Situation der *tabula rasa*, bei der spezifische Formen des Wiederaufbaus durchgesetzt werden – etwa die Privatisierung der zuvor staatlich geregelten Gesundheitsdienste, der Energie- und der Wasserversorgung oder auch die Abdrängung kleinbetrieblicher Formen von Fischerei und Landwirtschaft zugunsten der Investitionen internationaler Konzerne in industrielle Aquakulturen oder Tourismus-Projekte. Was dabei auf der Strecke bleibt, sind die bisherige Lebens- und Arbeitsweise der einheimischen Bevölkerung, ihre Kultur und ihr traditionell geprägter Umgang mit der Natur.

Wenn Krieg, wie die USA es seit der militärischen Intervention in Afghanistan mehrfach demonstriert haben, zunehmend als legitimes Mittel gilt, um gesellschaftliche Transformation durchzusetzen, so hat dies nicht nur Auswirkungen

auf die angegriffenen Länder, sondern geht auch mit strukturellen Veränderungen in den kriegsführenden Ländern selbst einher. In den USA sprechen mittlerweile nicht nur linke Kritiker von einer „imperialen Präsidentschaft“, die sich seit der Entdeckung der *rogue states*, insbesondere aber seit *nine eleven* in neuen ideologischen Mustern, neuen Gesetzen und einer Verschiebung innerhalb der staatlichen Gewaltenteilung zugunsten von Administration und Militär niederschlägt. Im Lager von Guantanamo auf Kuba werden den Inhaftierten, die im Zuge der Kämpfe in Afghanistan gefangen genommen wurden, bis heute die Rechte von Kriegsgefangenen verweigert, obwohl die USA die Genfer Konvention, in der diese geregelt sind, im Prinzip anerkennen. *John Saxe-Fernández* stellt in seinem Beitrag dar, dass Guantanamo kein Einzelfall ist. Vielmehr ist das Lager im Rahmen der *imperial authocracy* als Exempel und Versuchsanordnung für die neue Tendenz zu sehen, militärische Gegner zu enthumanisieren, sie als weitgehend rechtlose „Feinde“ zu definieren. Marx sah die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise als historisch begrenzte: „...die kapitalistische Produktionsweise erzeugt mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses ihre eigne Negation. Es ist Negation der Negation. Diese stellt nicht das Privateigentum wieder her, wohl aber das individuelle Eigentum auf Grundlage der Errungenschaft der kapitalistischen Ära: der Kooperation und des Gemeinbesitzes der Erde und der durch Arbeit selbst produzierten Produktionsmittel.“ (MEW 23: 791). Die Hoffnung, die Dialektik der Geschichte werde es schon richten (auf die Marx in dieser Schlichtheit jedoch letztlich nicht setzte), ist durch das endgültig gescheiterte Experiment des „real existierenden Sozialismus“ mit seiner repressiven Politik, seiner parteitreuen Bevormundung und seiner wirtschaftlichen Ineffizienz in weite Ferne gerückt. Doch die Kritik an den bestehenden Verhält-

nissen und die Suche nach Alternativen sind damit nicht obsolet geworden. Den rosigen Bildern, die nationale Regierungen und Vertreter internationaler Organisationen wie der Weltbank von den Wirkungen der Globalisierung unter neoliberalen Prämissen ausmalen, stehen zahllose Befunde von Schäden und Zerstörungen wie der anhaltenden Klimaverschlechterung, des zunehmenden Mangels an Wasser, der fortschreitenden Desertifikation, der Zunahme von Mangel- und Fehlernährung, der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich innerhalb von Ländern und zwischen Ländern entgegen. In den letzten Jahrzehnten fand die Kritik an diesen Zuständen kaum einen gemeinsamen Nenner. In Übereinstimmung mit der Mehrzahl ihrer Mitglieder sahen deutsche Gewerkschaften ihr wesentliches Aktivitätsfeld auf ihrem angestammten Gebiet von Arbeitsschutz und Tarifverträgen und waren nur selten bereit, sich auf soziale Fragen in anderen Ländern oder auf ökologische Probleme einzulassen. Naturschützer, Menschenrechtsengagierte, Friedensbewegte oder Mitglieder von sonstigen „Ein-Punkt-Gruppen“ verfolgten ihrerseits spezielle Anliegen der Mobilisierung von Menschen für bedrohte Biotop, für Inhaftierte aus politischen Gründen oder für die Abschaffung von Atomraketen, oftmals ohne dabei gesellschaftliche Hintergründe in den Blick zu nehmen. *Daniel Faber* zeigt am Beispiel der USA, wie dort die wirtschaftliche und politische Entwicklung der letzten Jahre überdeutlich werden ließ, dass ökologische und soziale Krisenerscheinungen in diesem Land (und auch in anderen Ländern) miteinander verschränkt sind. Dies hat zu neuen, bisher unbekanntenen Formen von *grassroot environmentalism* unter Beteiligung benachteiligter Gruppen geführt, die bisher mit ökologischen Fragen wenig im Sinn hatten, oder auch zu neuen Koalitionen zur Erreichung von *environmental justice*. Wenn diese sozialen Bewegungen seit den 1990er Jahren kritische Erkenntnisse zu Proble-



men der Gesellschaft und der Natur zusammenführen, so hat ein brasilianischer Kautschukarbeiter bereits in den 1970er und 1980er Jahren erkannt, wie sehr beides untrennbar miteinander verbunden ist und in seiner langjährigen politischen Praxis zäh und engagiert für die „Ökologie der Armen“ gekämpft. *Michael Löwy* skizziert in seinem Artikel das Leben von Chico Mendes, der eine Bewegung zum Schutz der Kautschukbäume in Amazonien begründet hat, um diese als Arbeits- und Lebensgrundlage für die Kautschukarbeiter, aber auch als „grüne Lunge des Planeten“ zu erhalten. Damit stellte er sich jedoch gegen die Interessen der *latifundistas*, die profitablere Nutzungen im Auge hatten. Im Jahr 1988 wurde Chico Mendes von bezahlten Killern der Großgrundbesitzer direkt vor seinem Haus ermordet.

\* \* \*

Außerhalb des Heftschwerpunkts setzt sich *Werner Ruf* mit der Konstruktion eines neuen westlichen „Wir“ auseinander. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ging das identitätsstiftende Feindbild „Kommunismus“ verloren und wird nun zunehmend durch den als aggressiv und bedrohlich wahrgenomme-

nen „Islam“ ersetzt, der als „irrationales“ Gegenbild zur „rationalen Modernität“ des Westens dient.

*Ingrid Artus* analysiert Entwicklung und Verlauf des Streiks bei AEG Nürnberg. Zwar hatte dieser Streik, der auf Erhaltung des Betriebes gerichtet war, letztlich nicht den gewünschten Erfolg – es wurde ein deutlich besserer Sozialplan erreicht als in ähnlichen Fällen, aber eben nicht der Erhalt der Arbeitsplätze. Allerdings war dieser Streik, was die Mobilisierung und den Rückhalt in der Region angeht, doch recht außergewöhnlich, so dass eine genauere Untersuchung dieses Streiks auch für künftige Auseinandersetzungen sinnvoll sein kann.

In Fortsetzung der mit PROKLA 141 (*Die Zukunft ist links*, Dezember 2005) angestoßenen Debatte, steht der Einspruch von *Bernd Ladwig* „Was ist heute noch links?“ In seiner Antwort auf diese Frage betont er den Gleichheitsgedanken knüpft aber zugleich auch sehr stark an liberales Gedankengut an: eine Verbindung, die in der Linken immer schon heftig umstritten war. Eine Replik zu diesem Beitrag wird in der nächsten Ausgabe der PROKLA erscheinen.